

INTEGRATION DURCH ARBEIT

Empowerment von arbeitssuchenden SozialhilfeempfängerInnen

Barbara Reiterer

Ida-Equal - ein Projekt zur Integration von am Arbeitsmarkt besonders benachteiligten Personen¹ zeigt Wege aus Benachteiligung und Stigmatisierung.

„Wenn ich hier arbeite, fühle ich mich weniger gestresst, als wenn ich zuhause herumsitze,“ sagt Frau R. Sie ist 43 Jahre alt, Sozialhilfeempfängerin und nimmt seit einigen Wochen am Projekt „Mri Buti“ teil. Frau R. erledigt Wasch- und Bügelaufträge. Dazwischen räumt sie neu eingelangte Ware in die Regale des Second-Hand-Shops. Es sind kaum mehr als 10 Stunden in der Woche, die sie im Projekt „Mri Buti“ arbeitet und der Stundenlohn von € 4,- ist nicht gerade hoch. Wer mit Frau R. spricht, spürt jedoch, dass es für sie etwas Besonderes ist, arbeiten zu dürfen. Die Möglichkeit zur Sozialhilfe einige Euro dazuzuverdienen ist nur ein - eher unwichtiger - Grund. Viel wichtiger ist es ihr zu zeigen, dass sie die erhaltenen Arbeitsaufträge zur Zufriedenheit ausführen kann. Sie leistet etwas und bekommt dafür Anerkennung. Wichtig ist ihr auch, dass ihr Tagesablauf einen Fixpunkt bekommen hat und sie neue soziale Kontakte aufbauen kann.

Ida-Equal - das Projekt

„Mri Buti“ ist ein Teilprojekt der Equal-Entwicklungspartnerschaft „Erweiterter Arbeitsmarkt - Integration durch Arbeit“ (IdA - Equal). Mri Buti bedeutet in der Roma Sprache „Meine Arbeit“. Das Projekt bietet in Oberwart arbeitslosen Frauen und Männern, die der Volksgruppe der Roma angehören, eine stundenweise Beschäftigungsmöglichkeit. Durch das Angebot sollen arbeitslose Roma aus der Region näher an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Die TeilnehmerInnen des Projektes beziehen Sozial- oder Notstandshilfe oder haben überhaupt kein regelmäßiges Einkommen.

Ida-Equal ist eines von 58 Equal-Projekten, die derzeit in Österreich durchgeführt werden. Das EQUAL-Programm (2000 - 2006) ist Teil der Strategie der Europäischen Union mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen und dafür zu sorgen, dass Niemandem der Zugang zu diesen Beschäftigungen versperrt wird. Das Programm sieht die partnerschaftliche Abwicklung von Projekten vor. Sie müssen innovativ sein und eine transnationale Kooperation beinhalten.

Die Aktivitäten der Entwicklungspartnerschaft „Erweiterter Arbeitsmarkt - Integration durch Arbeit“ richten sich an am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Menschen. Als „drop outs“ bei sozialökonomischen Projekten, Obdachlose, SozialhilfeempfängerInnen, Suchtkranke oder Angehörige einer ethnischen Minderheit haben sie kaum Zugang zu herkömmlichen Integrationsangeboten.

Ida-Equal besteht aus insgesamt 15 Teilprojekten (Modulen). Es geht um Beratung und Beschäftigung für arbeitssuchende Menschen sowie um Vernetzungsaktivitäten. *Beschäftigungsangebote, die sehr flexibel gestaltbar sind* (stundenweises Arbeiten in verschiedenen Arbeitsfeldern), *sollen die TeilnehmerInnen näher an den Arbeitsmarkt heranzuführen*. Die TeilnehmerInnen bleiben vorerst über Sozialhilfe oder Notstandshilfe existenzgesichert. Sie können aber pro Monat eine gewisse Stundenanzahl arbeiten und so einen Zuverdienst (Einkommen bis zur Geringfügigkeitsgrenze) erwirtschaften. Ida-Equal hat darüber hinaus eine weitere sozial- und arbeitsmarktpolitische Komponente: anhand der praktischen Erfahrungen in den einzelnen Modulen sollen Probleme an der Schnittstelle verschiedener Existenzsicherungssysteme (Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe) aufgezeigt und Vorschläge zur Verbesserung der Situation erarbeitet werden. Das Projekt wird in 5 Regionen Österreichs durchgeführt.

Erste Erfahrungen

Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen ist hoch, die Fluktuation der TeilnehmerInnen gering.

In allen Projekten waren die zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze in kürzester Zeit ausgebucht, Wartelisten mussten eingeführt werden. In der Projektplanung war man davon ausgegangen, dass die instabilen Lebensverhältnisse, in denen sich die Zielgruppe befindet, auch dazu führen wird, dass ihr Arbeitsverhalten sehr „instabil“ ist. Man rechnete damit, dass die TeilnehmerInnen das Angebot sehr unregelmäßig nutzen. Schon nach Kurzem zeigte sich, dass die einzelnen TeilnehmerInnen mit großer Regelmäßigkeit kommen - häufig schon eine halbe Stunde vor dem offiziellen Arbeitsbeginn.

¹ Weitere Informationen zum Ida-Equal Projekt unter: www.ida-equal.at

Motivation statt Sanktion

Etwa 40% der TeilnehmerInnen sind SozialhilfeempfängerInnen. Sie werden teils vom Sozialamt, teils von anderen Beratungseinrichtungen auf die Möglichkeiten von Ida-Equal aufmerksam gemacht. Da eine Nichtteilnahme keinerlei Sanktionen zur Folge hat, wird der Hinweis gerne aufgenommen und nicht als „Arbeitszwang“ erlebt. Gerade hier sehen wir einen Weg zum Empowerment der Zielgruppe. Arbeit wird als aktivierende Unterstützung erlebt und nicht als sanktionierende Behördenmaßnahme.

Arbeit als Schritt zur Stabilisierung der gesundheitlichen Situation

Gesundheit und Gesundheitsförderung wurde zu einer „Querschnittsmaterie“ für alle Module gemacht. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die Möglichkeit arbeiten zu gehen sich positiv auf die gesundheitliche Befindlichkeit der TeilnehmerInnen auswirkt. Sie berichten, dass sich ihre Depressionen verringern und Angstzustände bessern, SuchtmittelkonsumentInnen können den Verbrauch von Suchtmitteln einschränken, sogar eine Verringerung körperlicher Beschwerden ist festzustellen. Ida-Equal wird in den kommenden Monaten Aktivitäten zur Gesundheitsförderung der TeilnehmerInnen verstärkt durchführen. Die Aktivitäten müssen dabei so konzipiert sein, dass sie den persönlichen Verhältnissen der TeilnehmerInnen entsprechen.

Soziale Integration als erster Schritt zur Arbeitsmarktintegration

In der Arbeitswelt geschieht ein erheblicher Teil unserer sozialen Interaktionen. Der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet sehr oft den Verlust des sozialen Umfelds bis hin zum Verlust des eigenen Selbstwertes. Auch wenn die Angebote von Ida-Equal noch ein Stück vom realen Arbeitsalltag im 1. Arbeitsmarkt entfernt sind, so vermittelt das Tätigwerden in den Projekten den TeilnehmerInnen doch so etwas wie eine berufliche Rolle und Identität. Soziale Kontakte werden intensiviert. Menschen die in Gefahr sind ins soziale Out abzurufen, fangen sich wieder.

Empowerment

Jede erfolgreiche Arbeit stärkt das Selbstvertrauen und den Selbstwert jener, die sie durchgeführt haben. Das gilt auch für die TeilnehmerInnen in den Projekten. Sie beginnen rasch Verantwortung für ihr Aufgabengebiet zu übernehmen. Sie wissen: es gibt nur neue Aufträge, wenn die Arbeit gut gemacht wird. Sie sehen auch, dass es auf ihre Pünktlichkeit, Genauigkeit und auf ihr Durchhaltevermögen ankommt, ob ein Auftrag zur Zufriedenheit der KundInnen abgewickelt werden kann.

Chancen in der realen Arbeitswelt - erweiterter zweiter Arbeitsmarkt

Haben unsere TeilnehmerInnen eine realistische Chance am ersten Arbeitsmarkt unterzukommen? Noch ist es zu früh hier genau Angaben zu machen. Wir sehen es aber bereits als Erfolg, wenn TeilnehmerInnen soweit kommen, dass sie die nächste Stufe in der Arbeitsmarktintegration, z. B. den Einstieg in ein sozialökonomisches Projekt erreichen können. Zudem zeichnet sich ab, dass viele TeilnehmerInnen den Anforderungen eines Ganztagsjobs nicht gewachsen sein werden. Für sie sollte es eine Möglichkeit geben, längerfristig in einem Arbeitsumfeld zu bleiben, das ihren Möglichkeiten entspricht.

Verbesserungsvorschläge für das Sozialhilfesystem

Bei der Konzeptionierung des Projektes Ida-Equal wurde vor allem an erwerbsfähige SozialhilfebezieherInnen gedacht. Aus der Arbeit mit gesellschaftlichen Randgruppen weiß man allerdings, dass die Gruppe sozialhilfebeziehender Menschen sehr heterogen ist. Vielfältige Ursachen für Notlagen verlangen individuell abgestimmte einzelne Interventionen, um die auf Sozialhilfe angewiesene Person möglichst rasch wieder in eine Lage zu versetzen, in der er/sie wieder aus eigenen Mitteln seinen/ihren Lebensunterhalt bestreiten kann.

Das unterste Netz unseres Sozialsystems ist verbesserungsbedürftig. Die Schwächen der derzeitigen Regelungen erleben Menschen in existenziellen Notlagen permanent. Im Folgenden werden einige Schwachstellen benannt und Verbesserungsvorschläge zur Diskussion gestellt.

Reduzierung der "Non take up rate" durch Information

Sozialhilfe steht nur jenen Personen zu, die gar keine andere Chance haben, ihre Existenz zu sichern. Allerdings wissen viele Menschen nicht, dass sie einen Anspruch auf Sozialhilfe haben oder haben keine Ahnung, wie sie diesen durchsetzen können. Nur auf Basis einer halbwegs gesicherten Existenzgrundlage (Lebensunterhalt, Wohnung) können Menschen ihre eigenen Kräfte mobilisieren und beginnen, sich wieder aus der Notlage herauszuarbeiten. Informationsoffensiven von Sozialhilfebehörden wären ein Schritt das Angebot der Sozialhilfe bei Betroffenen bekannter zu machen.

Entstigmatisierung des Sozialhilfebezugs

Auf Sozialhilfe angewiesen zu sein empfinden viele als Schande. Er/sie ist so „bedient“, dass er/sie nicht mehr in der Lage ist, seine/ihre grundlegendsten Bedürfnisse selbst zu bestreiten. Besonders dort, wo man nicht in der Anonymität eines großstädtischen Verwaltungsapparates den Antrag stellt, sondern in einer dörflichen Gemeindestube, wird es schwierig. Die institutionellen Voraussetzungen für sozialhilfebeantragende Menschen sollten so sein, dass sie von diesen nicht als stigmatisierend erlebt werden.

Regress

„Ich muss sie darauf aufmerksam machen, dass Sozialhilfe zurückzuzahlen ist.“ Nach unserer Erfahrung ist dieser Standardsatz der Behörden extrem wirkungsvoll. Alle weiteren Regressaktivitäten erübrigen sich, weil Betroffene kehrt machen und gleich auf eine Sozialhilfeleistung verzichten. Ein vorübergehendes „Weiterwursteln“ ist ihnen lieber als zu wissen, wieder nur neue Schulden gemacht zu haben. Dieser Passus sollte zumindest für die Hilfe zum Lebensunterhalt aus allen Sozialhilfegesetzen gestrichen werden.

Vollzug des Sozialhilfegesetzes

Die Gruppe der SozialhilfebezieherInnen ist sehr inhomogen. Notlage und persönliche Verhältnisse sollen in jedem Fall extra beurteilt werden und individuelle Unterstützungsleistungen angeboten werden. Leider muss man in der Praxis feststellen, dass individuelle Gestaltungsmöglichkeiten sehr oft zur beliebigen Handhabe eines Gesetzes werden. Aufgrund der akuten Notlage geben sich fast alle HilfeempfängerInnen mit dem zufrieden, was man ihnen zugesprochen hat und verzichten auf Rechtsmittel. Hier müsste sich die Verwaltungspraxis insofern ändern, als dass einerseits auf die akute Notlage Rücksicht genommen wird und andererseits Rechtsmittel auch eingebracht werden können.

Harmonisierung der Sozialhilfegesetze

In Zeiten, wo es in vielen Bereichen europaweite Standards gibt, fällt es schwer zu verstehen, warum man in Österreich 9 verschiedene Sozialhilfegesetze braucht. Die Argumentation, dass Wohn- und Lebensverhältnisse derart unterschiedlich sind, ist wohl nicht länger aufrecht zu erhalten. Es bleibt zu hoffen, dass die Sozialhilfegesetze harmonisiert werden, wobei eine Nivellierung nach unten ausgeschlossen werden muss.

Überführung der Notstandshilfe in die Sozialhilfe

In der Regierungserklärung 2003 wurde festgehalten, dass eine Überführung der Notstandshilfe in die Sozialhilfe überlegt werde. In den vergangenen Monaten wurde von vielen Seiten heftig gegen diesen Vorschlag protestiert. Sollte es tatsächlich zu einer Veränderung in der zitierten Form kommen, würde man eine sehr große Gruppe von Menschen aus einem halbwegs sicheren Existenzsicherungssystem in ein sehr löchriges überführen. Schon allein aus diesem Grund ist ein derartiges Vorhaben abzulehnen. Ob auf Seite der Sozialhilfe die administrative Kapazität zur Abwicklung dieses Vorhabens gegeben ist, muss darüber hinaus wohl auch bezweifelt werden.

Mag^a Barbara Reiterer ist Projektkoordinatorin der Equal Entwicklungspartnerschaft: „Erweiterter Arbeitsmarkt – Integration durch Arbeit“